

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil: die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil: die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften kann keine Gewähr übernommen werden

Geschäftsstand für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 46

Donnerstag, den 25. Februar 1932

Jahrgang 104

Politische Hochspannung im Reichstag

Minister Groener verteidigt den Reichswehrerlaß

Wiederum scharfe Zusammenstöße, die Sitzung wegen Tumults zweimal unterbrochen

— Berlin, 25. Febr. Zu Beginn der Mittwoch-Sitzung des Reichstags wies der Präsident darauf hin, daß Mitglieder der verschiedensten Parteien in der Dienstag-Sitzung versucht hätten, die Redner am Sprechen zu verhindern. Er werde künftig solche Ruhestörer für längere Zeit von den Sitzungen des Reichstages ausschließen. (Unruhe bei den Nationalsozialisten.) Darauf gab Reichsinnenminister Groener eine Erklärung ab, in der er die Beleidigung des Reichspräsidenten durch den Abg. Göbbels zurückwies. Als Mitglied der Reichsregierung und als Vertreter der Wehrmacht habe er den Auftrag, diese ungeheuerliche Äußerung des Abg. Göbbels als eine Beleidigung nicht nur des Herrn Reichspräsidenten (Zuruf rechts: „stimmt ja gar nicht!“), sondern des ganzen Volkes auf das entschiedenste zurückzuweisen (Beifall in der Mitte, Lärm bei den Nationalsozialisten). Der Präsident schloß den Abg. Dr. Ley (NS.) und Kleiner (DN.) wegen beleidigender Zursen von der Sitzung aus. Darauf erwiderte Abg. Dr. Frick (NS.) kurz, er müsse feierlich Einspruch gegen die Erklärung des Ministers erheben. Es handle sich hier um eine völlige Entstellung des wahren Tatbestandes. (Beifall der Nationalsozialisten. — Widerspruch links und in der Mitte.)

Darauf erhielt Abg. Dr. Breitscheid (SPD.) das Wort, der die sozialdemokratische Stellungnahme zur Reichspräsidentenwahl darlegte und dabei in üblicher Weise die Nationalsozialisten angriff. Bei Besprechung der Kandidatur Hindenburgs hatte der Redner sich mit lebhaften kommunistischen Zwischenrufen auseinandergesehen. Er warf dabei den Kommunisten vor, daß ihr Kampf gegen die Sozialdemokratie ein Kampf für Hitler sei.

Sodann erläuterte Reichswehrminister Groener den Erlass über Einstellungen in die Reichswehr. Er wies hierbei die Beschuldigungen der Sozialdemokratie, daß er einen Kurswechsel im Reichswehrministerium anstrebte, zurück. Er kenne nur den Weg der Verfassung. Die Wehrmacht stehe über den Parteien. Vorbedingung für den Eintritt in sie sei der Verzicht auf jegliche Parteizugehörigkeit. Die wiederholt abgegebenen Erklärungen des Führers der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei und sein Bekenntnis zur Legalität, ermittelte durch den Bruch mit dem radikalen Führer Stennes darzulegen, zeigten, daß der Führer der NSDAP. bestrebt ist, illegale Elemente aus seiner Partei auszuschließen. Das stellen auch die Entscheidungen des Reichsgerichts ausdrücklich fest. Diese Tatsachen hätten ihn bestimmt, das Ehrenrecht der Landesverteidigung auch den Angehörigen der NSDAP. nicht länger vorzuenthalten. Der Erlass habe alle Sicherungen getroffen. Der Minister wiederholte noch einmal die Bestimmungen des Erlasses und betonte, daß die unveränderte unpolitische Haltung der Reichswehr gesichert bleibe.

Nach der Erklärung Groeners sprach der württ. Staatspräsident Volz (Zentrum). Er fragte, warum die Rechte Brüning stützen wolle? Das Ziel seiner Außenpolitik könne nicht der Grund sein. In der Reparationspolitik herrsche beim ganzen Volk nur eine Meinung. Die Rechte werde es nicht besser machen können. Unter der Firma der Nationalen Opposition solle man der Regierung bei den wichtigsten Entscheidungen in den Rücken. Das Zentrum wünsche, daß mit dem Abbau an Löhnen, Gehältern und sozialen Leistungen endlich Schluß gemacht werde. Der Eingriff in die Zinsenfrage, in die Mieten, in den Abbau der Gebäudeverschuldungssteuer und jetzt das zweite Sanierungswerk für die zusammengebrochenen Grobbanken seien doch unbestreitbare Leistungen und notwendige Etappen zur Gesundung der Wirtschaft. Agrarpolitisch müsse Deutschland mindestens unabhängig vom Ausland werden. Das sei auch die Grundlage für eine dauerhafte Siedlungs politik. Wenn sich die Opposition beschwere, daß man ihr nicht Anteil an der Regierung gäbe, so sei darauf hinzuweisen, daß das Zentrum zur Zusammenarbeit mit jeder Partei bereit sei, die auf dem Boden der Verfassung Aufbaubarkeit leisten wolle. Der Redner schloß mit der Erklärung, daß das Zentrum genügend Vertrauen zur Besonnenheit im Parlament habe, um zu erwarten, daß der vereinigten Opposition von rechts und links ein Sieg am Ende dieser Woche nicht zufalle und daß der 13. März eine noch schwerere Niederlage für sie bringen werde.

Frhr. von Freytag-Lorinshoven (Dnl.) erklärte, so verheerend sich das jetzige System innen- und wirtschaftspolitisch ausgewirkt habe, so müsse es doch vor allem wegen seiner Außenpolitik bekämpft werden. Diese stelle eine Kette von Mißgriffen und Niederlagen dar. Erste Voraussetzung für einen nachhaltigen Widerstand sei die Bildung einer nationalen Regierung. Auch der bevorstehende Wahlkampf gelte dem Novembersystem. Es sei die tragische Schuld Hindenburgs, daß er dieses System gestützt habe und weiter zu stützen bereit sei.

Dr. Dredt (W.) warf dem Vorredner vor, auf den Kern der Fragen nicht eingegangen zu sein. Das Kabinett Brüning sei vom Reichspräsidenten von Hindenburg berufen worden als ausgesprochenes Rechtskabinett. Einem solchen Kabinett hätten die Deutschnationalen sich anschließen müssen. Wenn Eugenbergs das ablehnte, dann trage er selbst die Schuld an der Entwicklung der Dinge. Es sei sonderbar, daß die Deutschnationalen die Heranbringung der Nationalsozialisten an die Regierungsmacht verlangen und daß Deutschnationale und Deutsche Volkspartei dem Reichskanzler das Mißtrauen aussprechen wollen, weil er eine Partei mit solchen Forderungen nicht in die Regierung hineinnehmen will. Bei den weiteren Ausführungen des Redners häuften sich laute Zwischenrufe und Unterbrechungen aus den Reihen der Deutschnationalen und Nationalsozialisten. Vizepräsident Esser erteilte einen Ordnungsruf für die in einem Zwischenruf aufgestellte Behauptung, die Wirtschaftspartei habe sich ihre letzte Abstimmung für die Regierung von der Regierung bezahlet lassen. Wir folgen, so schloß der Redner, nur unserem Gewissen.

Graf Westarp (Volkshaus), bei dessen Erscheinen auf der Rednertribüne die meisten Deutschnationalen und Nationalsozialisten den Saal verlassen, erklärte dem Abgeordneten Dr. Goebbels: „Ich glaube nicht, daß Sie die Absicht hatten, den Reichspräsidenten persönlich anzugreifen. Das von dieser Stelle ausgesprochene Wort bleibt aber stehen und wirkt weiter. Irgendwelches Lob oder irgendwelcher Tadel von Deserteuren hat mit dem Namen Hindenburg nichts zu tun (Beifall). Deserteure nenne ich nicht in einem Atemzug mit diesem Mann, der für mich und für das ganze Volk das Vorbild eiferner Pflichttreue ist. Dr. Weber-Potsdam (Staatsp.) meinte, die Rede des Abgeordneten Dr. Goebbels habe eine schwere Beleidigung des Reichspräsidenten enthalten. Die Nationalsozialisten verlangen von der Regierung volle Freiheit im Wahlkampf, aber wir können ein Lied davon singen, welche Freiheit die Nationalsozialisten ihren Gegnern im Wahlkampf zugesprochen würden. Der Redner berichtet dann von blutigen Gewalttaten, die Nationalsozialisten im Anschluß an Wahlversammlungen in der Provinz verübt haben und schildert Einzelfälle. — Die Nationalsozialisten begleiteten diese Schilderungen mit Lachen und Zursen. — Dr. Weber wendete sich dann gegen den Erlass des Reichswehrministers Groener und erklärte, Groeners heutiger Rechtfertigungsversuch habe in keiner Weise befriedigt. Der ruhige Bürger könne sich nicht länger gefallen lassen, daß Tag für Tag von den Nationalsozialisten und Kommunisten Bluttaten begangen werden. Das Geschrei der Nationalsozialisten über Unterdrückung stehe einer Partei schlecht an, die selbst auf dem Wege des politischen Mordes vorangehen ist.“ Nach diesen Worten des Redners stürmten die Nationalsozialisten unter lauten drohenden Rufen gegen die Rednertribüne vor. Vizepräsident Esser rief den Abg. Dr. Weber zur Ordnung, aber der Lärm der Nationalsozialisten hält weiter an, und der Vizepräsident unterbricht daraufhin die Sitzung.

Nach viertelstündiger Unterbrechung wurde die Sitzung wieder eröffnet. Vizepräsident Esser teilte mit, daß er den Abg. Dr. Weber gebeten habe, die Bemerkung, die zur Unterbrechung der Sitzung führte und doretwegen Abg. Dr. Weber zur Ordnung gerufen wurde, zurückzunehmen. Dr. Weber habe demgegenüber die Absicht geäußert, seine Bemerkung historisch zu begründen. Auf seine, Essers, Bitte habe er für heute darauf verzichtet (Lärm bei den Nationalsozialisten). Der Vizepräsident erteilte darauf dem Abg. Simpsendörfer (Volkshaus) das Wort, der bedauert, daß die Wiederaufstellung Hindenburgs zur Reichspräsidentenwahl nicht zu einem machtvollen, geschlossenen Bekenntnis des Reichstages geführt habe. Die Haltung der radikalen Rechten sei geradezu eine Verhöhnung gegen die nationale Führeridee und gegen den konservativen Staatsgedanken. Der Volkshausdiene bekenne sich zu Hindenburg. Eine Schande für den deutschen Reichsstaat seien die täglichen Morde und Terrorakte. Die Regierung müsse hier schnell und energisch eingreifen.

Abg. Rosenberg (Natsos.) erklärte, daß die Reichsregierung ein klägliches Fiasko in der Memellandfrage erlitten habe. Die deutsche Vertretung in Genf habe sich völlig hilflos gezeigt. Unter dem Personal der deutschen Gesandtschaft in Kowno gebe es 30-40 Prozent Ausländer, darunter auch Blauer. Auf einen kommunistischen Zursen: „Lassen Sie sich einen Dolmetscher kommen!“ erwidert Rosenberg: „Sie können ja nach Gallien marschieren gehen.“ — Der kommunistische Abg. Heuck wirft den Nationalsozialisten

Tages-Spiegel

Im Reichstag begründete gestern Minister Groener den Erlass über die Einstellungen in die Reichswehr. Die Aussprache verlief wiederum sehr stürmisch.

Nach dem endgültigen Zahlungsergebnis des Hindenburgauschusses haben sich rund 3630 000 Wahlberechtigte für Hindenburg eingetragen.

Der Reichsfinanzminister beabsichtigt, zugleich mit der Biersteuererhöhung auch eine Senkung der Branntweinsteuer eintreten zu lassen.

Im Konferenzauschuß der Abrüstungskonferenz erklärte der französische Vertreter Tardieu, daß der Versailler Vertrag die Grundlage für jedes neue Rüstungsabkommen mit Deutschland bleiben müsse.

In mehreren Städten Englands kam es zu Arbeitslosenunruhen. In London und Bristol wurde bei Zusammenstößen mit der Polizei eine große Anzahl Personen verletzt.

Nachrichten aus Washington zufolge, droht man dort Japan mit der Kündigung des Neunmächtevertrages.

Die deutsche Kesselfliegerin Ely Beinhorn hat das Endziel ihres Fluges, Niederländisch-Indien, wohlbehalten erreicht.

In einem Zursen Landesverrat vor Rosenberg: „Das ist eine Klage, ein Verbrechen! Ihr wollt wohl eine Ohrfeige haben!“ — Wieder kommt es zu großen Lärmzügen im ganzen Hause. Die Kommunisten drängen zum Rednerplatz. Präsident Volz entlehnt dem Abg. Rosenberg das Wort, weil er einem Abgeordneten eine Ohrfeige angeboten habe. (Beifall links — Lärm bei den Nationalsozialisten). — Der Lärm im Hause dauert minutenlang an. Von den nationalsozialistischen Bänken ertönen dauernd Pfui-Rufe. Der Präsident droht verschiedentlich mit Ausweisungen aus dem Saal. Der Präsident erteilt Rosenberg einen Ordnungsruf und schließt zwei nationalsozialistische Abgeordnete für zwei Tage aus.

Als es dem Präsidenten nicht gelingt, die Ruhe herzustellen, wird die Sitzung zum zweiten Male unterbrochen. Nachdem der Ältestenrat mehr als anderthalb Stunden beraten hatte, wird die Vollsitzung wieder eröffnet. Der Präsident erklärte, daß eine Reihe von Mißverständnissen vorgekommen sei und daß er infolgedessen die Wortentzierung gegenüber dem Abg. Rosenberg wieder rückgängig machen müsse. Auch die Maßregelung gegen den Abg. Sprenger ziehe er zurück, da dieser nicht drohend die Hand gegen den Präsidenten erhoben habe. Der Präsident warnt nochmals vor allen Beschimpfungen, Beleidigungen und Drohungen. Abg. Rosenberg (Natsos.) setzte hierauf seine Ausführungen fort. Uns, so betonte der Redner, geht es nicht um die ehrwürdige Person Hindenburgs, sondern um das Schicksal des Deutschland in der Welt. Das Zentrum ist daran schuld, wenn überhaupt eine Sozialdemokratie entstehen konnte. (Lachen links.) Es hat schuld, daß Tausende von Staatsstellen heute in der Hand von Bonzen sind. Zentrum und Sozialdemokraten stehen heute in einer Front und müssen darin auch zugrunde gehen. Wenn Dr. Brüning in dieser Reichstagssitzung nicht fallen sollte, so wird er einige Monate später dem Reichspräsidenten seine Demission einreichen und dieser Reichspräsident wird Adolf Hitler sein. — Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag mittag vertagt.

Scharfer Ausfall Tardiens in Genf

Beginn der deutsch-französischen Abrüstungsauseinandersetzung

— Genf, 25. Febr. Im Konferenzauschuß der Abrüstungskonferenz hat gestern Tardieu an den deutschen Vertreter Radon die Erklärung gerichtet, daß Frankreich keinerlei Abänderung des Abkommensentwurfes des Völkerbundes zulassen werde. Diese Erklärung wird allgemein dahingehend verstanden, daß die französische Regierung nach wie vor uneingeschränkt an dem Art. 53 des Abkommensentwurfes festhält, in dem die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages als eine grundsätzliche Voraussetzung eines jeden Abrüstungsabkommens aufrecht erhalten werden.

Die sachlichen Ergebnisse der gestrigen Aussprache bestehen darin, daß zwar der Abkommensentwurf als der allgemeine Rahmen für die Verhandlungen angenommen worden ist, daß jedoch die Vorschläge der übrigen Abordnungen und somit auch der deutsche Vorschlag gleichzeitig und gleichberechtigt mit den einzelnen Abschnitten des Abkommensentwurfes zur Verhandlung gestellt werden.

Wästen den Sieg
ide Spiele ge
r Kastrer vom

0).
:1).

nifn!

ar 1932

in Calw

en d

ntgart

t

D.

eingeladen

sbaten
v. Hirsau

O. B.
uppe Calw
ute Mittwoch
bs im Wald
ndende

eräumung
ndem

ertrag

r Vorliegende

Wir machen
unserer
jugendlichen
Mitglieder
(14-20) auf die

sterfahrten
ebirge

Näheres im
n Sporthaus

verein Calw.

ihige Familie
il eine schön:

immer-
nung

n. Küche, Bade-
Seranda, Gar-
den üblichen
zu verm.
unter M. 100
St. ds. Bl.

bliertes, heiz-

mer

partierre oder
r Bürowech
er Zentrum der
erfragen au
stelle ds. Bl.

Sie

ie Leute es
daß Sie
verkaufen
enn Sie es
annt machen

le noch heute
ine Angeleg
er Tagblatt
werden vom
folg über
ht sein.

Nach der Memelentscheidung des Völkerbundes

Landespräsident Böttcher legt sein Amt nieder

M. Memel, 24. Febr. Präsident Böttcher hat am Dienstag an Gouverneur Mertys folgendes Schreiben gerichtet, in dem er seine Bereitwilligkeit, sein Amt niederzulegen, ausdrückt: „Die Verhandlungen des Völkerbundes haben ergeben, daß es noch Monate dauern kann, bis eine Entscheidung darüber fällt, ob der Gouverneur das Recht hat, den Präsidenten des Direktoriums abzurufen oder nicht. Es liegt im Interesse des Memelgebietes, daß möglichst bald wieder ein dem Statut entsprechendes Direktorium in Tätigkeit tritt. Um mit meiner Person kein Hindernis für etwaige Verhandlungen der Mehrheitsparteien über ein neues Direktorium zu bilden, erkläre ich, daß ich mein Amt als Präsident des Direktoriums hiermit niederlege. gez. Böttcher.“

Abrüstungsansprüche in Genf

M. Genf, 24. Febr. Die sowjetrussische Abordnung hat der Abrüstungskonferenz einen Entschließungsentwurf eingereicht, wonach die vollständige und allgemeine Abrüstung die Verhandlungsgrundlage bilden soll. Für den Fall der Ablehnung ihres Vorschlages beabsichtigt die sowjetrussische Abordnung ihren bereits im Abrüstungsausschuß des Völkerbundes eingereichten Abkommensentwurf zur Verhandlung zu stellen, der folgende Bestimmungen vorzulesen: Armeen bis 300 000 Mann bleiben außerhalb jeder Beschränkung der Rüstungen. Armeen von 100 000 Mann werden um 20 v. H., Armeen über 200 000 Mann um 50 v. H. herabgesetzt. Flotten bis 100 000 Tonnen Gesamttonnage bleiben von der Herabsetzung unberührt. Flotten von 500 000 Tonnen an werden um 50 v. H. herabgesetzt.

Ferner hat die italienische Abordnung dem Präsidium der Konferenz einen Vorschlag überreicht, in dem die sofortige Erörterung folgender Fragen gefordert wird: Abschaffung der Großkampfschiffe, U-Boote, Flugzeugmutter- und -schiffe, der schweren Artillerie, Tanks, Bombenflugzeuge und aller chemischen und bakteriologischen Waffen, ferner Revision der internationalen Vereinbarungen zum Schutz der Zivilbevölkerung.

Die englische Abordnung hat dem Präsidium der Abrüstungskonferenz am Dienstag den Abrüstungsvorschlag der englischen Regierung überreicht, in dem vorgeschlagen wird, den Abkommensentwurf des Völkerbundes als allgemeine Verhandlungsgrundlage anzunehmen. Jedoch darüber hinaus folgende Fragen zur Verhandlung zu stellen: 1. Die gezielte Herabsetzung der Herabsetzung der aktiven Truppenbestände, 2. Verbot der beweglichen Landgeschütze über ein bestimmtes Kaliber hinaus, 3. Abschaffung der U-Boote, 4. Prüfung der geeigneten Methode zur Herabsetzung der Kriegsschiffe und der Schiffsartillerie, 5. Gesamtprüfung der Luftbombardierungen. Die englische Regierung verlangt ferner besonders eingehende Prüfung des Verbotes der Gas- und bakteriologischen Waffen und die Schaffung eines ständigen Prüfungsausschusses zur Überwachung der Abrüstung.

Die japanische Abordnung hat dem Präsidium der Konferenz gleichfalls einen Abrüstungsvorschlag überreicht, in dem auf der Grundlage des Abkommensentwurfes des Völkerbundes Verbot des chemischen und bakteriologischen Krieges, der Bombardierung von Städten, des Angriffes auf die Zivilbevölkerung, Herabsetzung der Flotten nach Tonnage der Schiffeinheiten und der Schiffgeschütze, Beschränkung und Herabsetzung der Land- und Luftkräften unter Berücksichtigung des ungenügenden Rüstungsstandes einzelner Länder, Bürgschaften für den Schutz der an dem allgemeinen Abrüstungsabkommen beteiligten Staaten gegen Bedrohung durch diejenigen Staaten, die dem Abkommen nicht beigetreten sind, oder die die internationalen Verpflichtungen nicht einhalten, gefordert werden.

Nur kurze Osterpause der Abrüstungskonferenz

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz hat beschlossen, die Konferenz vom 19. März bis 4. April zu unterbrechen. Französischerseits waren Wünsche hinsichtlich einer Vertagung der Konferenz von Ende März an auf einige Monate geltend gemacht worden. Die deutsche Abordnung hat sich energisch für kurze Unterbrechung während der Osterferien eingesetzt.

Amerikanischer Flottenbau und Abrüstung

Aus Washington wird berichtet: Der Marineauschuß des Senats nahm einstimmig die Gesetzesvorlage an, die die Regierung ermächtigt, die im Washingtoner Abkommen festgelegte Quoten für den Flottenbau voll auszunutzen. Die Kosten, die hierdurch entstehen, werden jährlich auf 70 Mill. Dollar geschätzt.

Der neue französische Heereshaushalt wieder 25 Millionen RM. höher

Der Bericht des Finanzausschusses über den französischen Heereshaushalt ist am Dienstag der Kammer zugeleitet worden. Die Heeresausgaben für den Zeitraum von 9 Monaten (April bis Dezember) werden darin auf 3929 Millionen Franken (rund 630 Millionen RM.) angelegt, was gegenüber dem Haushalt von 1931 eine Erhöhung um 150 Millionen Franken (etwa 25 Millionen RM.) bedeutet. Die Mehrausgaben für das französische Kolonialgebiet sollen ferner 1331 Millionen Franken (rund 221 Mill. RM.) betragen, wobei sich diese Ausgaben jedoch nur auf die Unterhaltung der Truppen in Algerien, Tunis, Marokko und Mauretanien beziehen. Der Effektivebestand des Heeres mit Ausnahme der Kolonialtruppen wird auf 454 000 Mann festgesetzt, wozu noch etwa 40 000 Mann für die Luftstreitkräfte hinzu kommen.

England und der Fernostkonflikt

M. London, 24. Febr. Im Unterhaus gab der englische Außenminister Simon eine längere Erklärung über die Lage in Schanghai ab. Trotz aller Versuche, eine neue Weltordnung auf einer festen Grundlage aufzubauen, trotz aller Bemühungen, Streitigkeiten zwischen den Nationen friedlich

Die Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl



v. Hindenburg.



Adolf Hitler.



Düsterberg.



Thalmann.

Der Wahlauf Ruf der DNVP und des Stahlhelms

Die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm veröffentlichten gemeinsam einen Aufruf zur Reichspräsidentenwahl, in dem sie nachdrücklich betonen, daß ihr Kampf dem System und dem 9. November gelte. Der 13. März bringe Aufmarsch und Klärung der Fronten. Als Kandidat zum 1. Wahlgang sei der Stahlhelmführer Düsterberg aufgestellt. Zu seiner Wahl werden alle Deutschen aufgerufen, die für die Befreiungsfarben schwarz-weiß-rot und gegen die Symbole eines untergehenden Systems seien.

Wie man hört, halten sowohl die Deutschnationale Volkspartei als auch der Stahlhelm an dem Gedanken der Harzburger Front fest und rechnen mit der Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten der nationalen Front für den 2. Wahlgang.

Briefwechsel zwischen Hindenburg und Düsterberg

Die Stahlhelm-Korrespondenz veröffentlicht nunmehr den Brief Düsterbergs an Hindenburg, den Düsterberg am 11. Februar im unmittelbaren Anschluß an den letzten Empfang der Stahlhelmbundesführer durch den Reichspräsidenten an diesen gerichtet hat. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß die großen Hoffnungen, die sich an die Wahl Hindenburgs knüpften, leider nicht in Erfüllung gegangen seien. Damit der Name Hindenburg nicht in den unerquicklichen Wahlkampf gezeitet werde und da voraussichtlich im ersten Wahlgang keine absolute Klärung erfolgen werde, hätten die Bundesführer dem Reichspräsidenten die Anregung vorgetragen, im ersten Wahlgang nicht zu kandidieren, sondern sich erst im zweiten Wahlgang zur Verfügung zu stellen. Zum Schluß heißt es: Unserer Ansicht nach würden voraussichtlich Nationalsozialisten und Deutschnationale, sicher aber der gesamte Stahlhelm Euer Exzellenz ohne weiteres wiedewählen, wenn die unvermeidliche politische Kursänderung in einer Umwandlung des Kabinetts sichtbar zutage trete und wenn eine baldige Aufhebung des Uniformverbots in Aussicht gestellt werden könnte.

Auf dieses Schreiben erfolgte eine in sehr kameradschaftlichem Tone gehaltene Erwiderung des Reichspräsidenten, in der er es aus Gründen des Pflichtgefühls ablehnt, dem ersten Wahlgang fernzubleiben. In dem Schreiben wird betont, daß er stets eine starke nationale Konzentrationsregierung gewünscht habe, die aber bei dem so tief bedauerlichen Gegensatz nicht möglich wäre.

Zukunftspläne der Nationalsozialisten

Die Nationalsozialisten veranstalteten in der Stuttgarter Stadthalle eine große Kundgebung zur Reichspräsidentenwahl. Als Hauptredner sprach der politische Beauftragte

zu regeln, trotz Kelloggpaakt und Neunmächteabkommen müsse, so sagte Sir John Simon, die bedauerliche Tatsache festgehalten werden, daß auf chinesischem Boden Kämpfe zwischen zwei Mitgliedern des Völkerbundes stattfänden. Die englische Politik faßte der Außenminister wie folgt zusammen:

1. Die englische Regierung wird ihren vollen Einfluß in der Zusammenarbeit mit anderen Nationen, ganz gleich, ob diese Mitglied des Völkerbundes sind oder nicht, einsehen. Um das moralische Ansehen des Völkerbundes zu stärken. So enttäuschend es auch in mancher Hinsicht sein mag, daß der Völkerbund die Kämpfe nicht zu verhindern vermochte, so ist er doch der anerkannteste öffentliche Ausdruck der Weltmeinung. Ich sage mit voller Ueberzeugung im Namen der englischen Regierung und meiner selbst, daß sich die besten Mittel zur Wiederherstellung des Friedens nur finden lassen, wenn England offen und ehrlich die Grundsätze des Völkerbundes bestätigt.

2. England ist bereit, bei der ersten Gelegenheit seine Dienste für die Sache des Friedens anzubieten und an der Beilegung des Konfliktes zwischen diesen beiden Nationen, mit denen es auf freundschaftlichem Fuße steht, mitzuwirken.

3. Die englischen Interessen lassen sich in den beiden Worten Friede und Handel zusammenfassen. England erwartet von beiden Seiten, daß die Neutralen bei den Kämpfen keinen Schaden erleiden. Englands Pflicht ist es, sobald wie möglich die Einstellung des Kampfes herbeizuführen. Die Pflicht des Völkerbundes ist es, schnellstens die notwendigen Informationen zu sammeln und beide Seiten anzuhören.

Chinas Schicksalsstunde

Einigung zwischen Kanton und Nanjing

M. Schanghai, 24. Febr. Die Führer der Kanton-Regierung haben einen Aufruf an das chinesische Volk erlassen, in dem sie erklären, daß sie in dieser Schicksalsstunde Chinas ihren Kampf gegen Nanjing aufgeben. Sie stellen ihre

trage Adolf Hitlers, Hermann Esser-München, der mitteilte, daß die Reichsregierung Hitler im Falle der Mit Hilfe der Nationalsozialisten zur Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs auf parlamentarischem Wege drei Angebote gemacht habe, nämlich die Anerkennung der Legalität der Bewegung, die völlige Freiheit ihrer Agitation und Propaganda und das Angebot einer Regierungsbeteiligung (Verkehrs- und Postministerium). Dieses lächerliche Angebot habe Hitler aber ablehnen müssen, da er sich nicht mit einem Koalitionskabinet abspitzen lassen, sondern ein völlig neues System aufrichten will. Die Entscheidung des 13. März geht darum, wer die nächsten Notverordnungen erlassen wird. Spätestens in 3 Monaten werden die Nationalsozialisten erreichen, daß mindestens 3-4 Millionen Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozeß eingestellt werden. Dieses Ziel soll durch drei Notverordnungen erreicht werden: Die erste Notverordnung geht brutal gegen die Doppelverdiener vor, die zweite Notverordnung bestimmt, daß alle Frauen und Mädchen aus den staatlichen Büroposten zu entfernen sind und die dritte Notverordnung bringt eine Verringerung der Arbeitslosenziffer dadurch, daß alle Arbeitslosen vom 16.-20. Lebensjahr in das Arbeits-Dienstpflichtheer eingereiht werden. Von diesem Arbeitsdienstpflichtheer werden weitere 2 Millionen Menschen leben können.

„Aktionsgemeinschaft gegen den Radikalismus“

Ein Aufruf der Staatspartei zum Reichstagsbeginn

M. Berlin, 24. Febr. Der Gesamtverband der Deutschen Staatspartei erläßt einen Aufruf, in dem es nach Hinweis auf die bevorstehenden Entscheidungen über Reparationen und Abrüstung und auf die Wirtschaftskrise u. a. heißt: Die Deutsche Staatspartei erkennt die Entschiedenheit an, mit der die Regierung Brüning-Dietrich um die Beilegung der Reparationen und um die Sicherheit unseres Vaterlandes ringt. Sie weiß auch, daß die Regierung die deutsche Währung erhalten wird. Sie würdigt ihr starkes Bemühen um die Bekämpfung der Wirtschaftskrise. In dieser Zeit schwerster Gefahren untergräbt staatsfeindlicher Niederfaßismus Ansehen und Geltung der Regierung nach außen und innen. Das Gebot des Tages ist die kraftvolle Zusammenschauung zur Verteidigung unserer Staats- und Gesellschaftsordnung. Jetzt vor den bedeutungsvollen Wahlen des Reichspräsidenten und der Landtage ist die Stunde gekommen, die schlagkräftige Aktionsgemeinschaft der Mitte zum Schutze von Staat und Wirtschaft vor sinnloser Zerstückelung durch Nationalsozialisten und Kommunisten zu schaffen. Gelingt es auch jetzt nicht, eine solche Aktionsgemeinschaft zu bilden, dann ruft die Deutsche Staatspartei dazu auf, Brennendes zurückzustellen und sich in ihren Reihen zu vereinigen im Kampfe für Deutschlands Rettung.

Truppen in den Dienst der chinesischen Republik und erwarten, daß jeder Chinese als nationale Pflicht betrachte, die japanischen Truppen zu bekämpfen. Es gebe jetzt nicht um das Schicksal Schanghais, sondern um das Schicksal Chinas. Der Aufruf ist von sämtlichen Führern der chinesischen Nationalbewegung in Kanton unterzeichnet.

Chinesischer Flugplatz durch japanische Bombenflugzeuge zerstört. Acht japanische Flugzeuge zerstörten den chinesischen Flugplatz Hungiao bei Schanghai. Durch zahlreiche Bomben wurde ein großer Teil der dort untergebrachten chinesischen Flugzeuge unbrauchbar gemacht. Die Flugzeugkuppen stehen in hellen Flammen. Nördlich Kiangwan haben die Chinesen einen erfolgreichen Gegenangriff unternommen.

Politische Kurzmeldungen

In Reichstagskreisen rechnet man mit einer Mehrheit für Dr. Brüning bei den Abstimmungen am Freitag um 10 bis 15 Stimmen. — Kommunistische Gewerkschaftenkundgebungen in Berlin wurden von der Polizei unterdrückt. — Die Reichsbiersteuer soll ab 15. März um 7 Mark gekürzt werden. — Dem Reichskommissar gelang es, in Verhandlungen mit dem Reichsfachverband der Sattler, Polsterer und Tapeziermeister eine Senkung der Preise für Neuanfertigungen und Reparaturen in diesem Gewerbe um 10 Prozent herbeizuführen. — Domherr Joseph Mint, der Führer der deutschen Minderheit in Posen und Pommerellen, ist nach einer Meldung aus Posen nach längerem Fehlen gestorben. — In Genf trafen Tardieu, Grandi und Sir John Simon zusammen. Sie werden in den nächsten Tagen Besprechungen über die Abrüstungsfrage und wohl auch über das Tributproblem haben. — Zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien ist kürzlich ein Dreierabkommen zur Aufrechterhaltung des status quo im Mittelmeer, bis eine befriedigende Lösung der Situation im Fernen Osten erzielt ist, abgeschlossen worden. Die drei Großmächte sollen ungehindert ihre Mittelmeerflotten, solange es nötig ist, für die Verwendung im Fernen Osten freigeben können.

Der haben die Reichspräsidentenwahl...
Kandidat...
Falle der...
Werbung...
durch die...
son des...
Die...
Parlam...
Antrag...
Aufhebu...
Gebra...
vollfö...
Damit...
Kraft...
Kein...
licher...
über an...
Tatsach...
Deutlich...
Die...
Wie die...
absticht...
gerichte...
gem...
Die...
Staaten...
tante...
schen...
der Ma...
aus den...
habe...
Dollar...
verweig...
gers, de...
tistiken...
Vor...
Frankf...
von rei...
eine w...
schen...
den. Di...
In...
Hannov...
Geller...
angehör...
schlossen...
stelt...
den sei...
In...
Bange...
Wortwe...
Eigensch...
verleste...
konnte...
Aus...
Barluf...
Spreng...
borgern...
dem...
Wie...
1931 in...
G...
55. Fe...
W...
die of...
den...
hang...
Straf...
Ur...
Im g...
dor'...
gelan...
W...
flüchte...
Wilt...
tuge...
der...
Stier...
Stelle...
W...
haus...
suchte...
sie zu...
ihnen...
hinab...
war...
Di...
sch...
Männ...
kleiner...
weises...
die gr...
starke...
bahre...
Ja...
keine...

Kleine politische Nachrichten

Der Rundfunk im Präsidentenwahlkampf. Am Reichstag haben die Nationalsozialisten einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, die politische Benutzung des Rundfunks im Präsidentenwahlkampf, insbesondere durch Kandidaten, zu verbieten und auch selbst zu unterlassen. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages wird verlangt, daß die Werbung für die Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl durch den Rundfunk ohne Ansehen der Partei und der Person des Kandidaten zugelassen wird.

Die Aufhebung der Sprachenverordnung vom lettischen Parlament abgelehnt. Im lettischen Parlament wurde ein Antrag des deutschen Fraktionsführers, Dr. Schiemann, auf Aufhebung der Sprachenverordnung der Regierung, die den Gebrauch der Minderheitensprache im Verkehr mit Behörden vollkommen ausschließt, mit 49 gegen 42 Stimmen abgelehnt. Damit tritt die neue Sprachenverordnung am 4. März in Kraft.

Keine deutschen Waffenlieferungen an Japan. Aus amtlicher japanischer Quelle verlautet, daß die Neutermelbung über angebliche deutsche Waffenlieferungen an Japan den Tatsachen nicht entspreche. Die japanische Regierung habe in Deutschland keine Waffen eingekauft.

Die Vereinigten Staaten rufen das Weltgewissen an! Wie die Zeitung „American“ aus Washington meldet, beabsichtigt das Staatsdepartement als Protest gegen das kriegerische Vorgehen Japans einen Appell an das Weltgewissen zu veröffentlichen.

Die Besetzung der Mandschurei von den Vereinigten Staaten finanziert? Vor dem amerikanischen Repräsentantenhaus erklärte der Rechtsbeistand der chinesischen Regierung, Paul Lineberger, daß die Besetzung der Mandschurei durch die Japaner mittelbar mit Geldern aus den Vereinigten Staaten finanziert worden sei. Japan habe bisher in den Vereinigten Staaten dafür für 181 Mill. Dollar Kriegsmaterial gekauft. Das Handelsdepartement verweigert jede Erklärung zu dieser Behauptung Linebergers, der in seinen Ausführungen unterstrich, daß die Statistiken seine Aussagen bestätigen würden.

Aus aller Welt

Eine wertvolle Briefmarkensammlung gestohlen

Vor einigen Tagen wurde einem Reisenden im D-Zug Frankfurt-Berlin eine braune Aktentasche, wahrscheinlich von reisenden Briefmarkensammlern, gestohlen. Die Aktentasche enthielt eine wertvolle Briefmarkensammlung von 700 alten baltischen Marken, unter denen sich auch einige Raritäten befanden. Die Polizei warnt dringend vor Ankauf.

Hofbesitzer erschossen

In Wilsen a. d. Luhe hat der Geschäftsführer des hannoverschen Kleinbauern- und Flachlandbundes, Kurt Gellert, aus noch nicht geklärten Gründen den Landbundesangehörigen Arthur Wiegand, Hofgutsbesitzer, aus Röhne erschossen. Gellert hat sich bereits der Harburger Polizei gestellt und versichert, daß er von Wiegand angegriffen worden sei und in schwerster Notwehr zur Waffe gegriffen habe.

Vater und Schwester ermordet

In Neuenstadt in der Nordschweiz hat der bei einem Bankgeschäft angestellte Charles Schenk nach einem heftigen Wortwechsel seine älteste Schwester und seinen Vater, den Eisenhändler Schenk, erschossen. Mit drei weiteren Schüssen verletzte er dann noch seinen Bruder schwer. Der Mörder konnte verhaftet werden.

Sechs Arbeiter verschüttet

Aus Nizza wird berichtet: Sechs Arbeiter, die im Tale des Barlusses Straßenarbeiten durchführten, wurden bei einer Sprengung verschüttet. Drei konnten nur als Leichen geborgen werden und von den drei anderen starben zwei auf dem Wege nach dem Krankenhaus.

Neuzeitlicher Straßenbau in England

Wie aus London gemeldet wird, sind während des Jahres 1931 in England über 700 Kilometer Betonstraßen gebaut

worden — um 240 Kilometer mehr als in irgend einem der früheren Jahre. Im ganzen gibt es jetzt in England nahezu 25000 Kilometer Betonstraßen. Einige dieser Straßen liegen schon rund 15 Jahre, ohne daß irgendwie nennenswerte Unterhaltungskosten verursacht worden wären.

D-Zug Danzig—Warschau überrennt Autobus

Unweit von Lowitz fuhr der D-Zug Warschau—Danzig auf einen vollbesetzten Autobus, der gerade den Bahndamm überqueren wollte. Der Autobus wurde von der Lokomotive an der Längsseite erfasst und etwa 300 Meter weit mitgeschleift. Aus dem zertrümmerten Autobus wurden drei Tote und 10 schwerverletzte Insassen geborgen, die sämtlich in ein Krankenhaus übergeführt werden mußten.

Für 8 Millionen Franken Gold ins Meer gefallen

Wie aus Cherbourg gemeldet wird, sind beim Ausladen eines neuen Goldtransportes im Werte von 600 Mill. Franken vier Barren ins Meer gefallen, was einen Verlust von etwa 8 Mill. bedeutet. Die Taucher der Hafenverwaltung haben die gesunkenen Goldstücke nach mehrstündiger Arbeit geborgen.

Bombenanschlag auf ein Postamt in Shanghai

Am Eingang des Postgebäudes der Internationalen Niederlassung in Shanghai explodierte eine mit Zünder versehene Bombe. Ein Postbeamter wurde schwer verletzt. Das Postgebäude wurde beschädigt, und die halbe Mauer des gegenüberliegenden Gebäudes stürzte zusammen.

Aus Württemberg

Im Zöppriß-Prozess

erfolgte die Vernehmung des Zeugen Kaufmann Mauser, Inhaber eines kleinen Aussteuergeschäfts in Cannstatt. Der Zeuge erklärte sich aus reiner Gefälligkeit bereit, der Firma Wertheimer-Stuttgart einige Zöppriß-Wechsel diskontieren zu lassen. Sehr schnell wurde aber daraus eine Gewohnheit. Schließlich ließ Wertheimer mit dem Ersuchen an ihn heranzutreten, für Zöppriß Gefälligkeitswechsel quer zu schreiben, er sei aber der Ansicht gewesen, das ginge zu weit. Mit der Zeit habe er sich jedoch rumkriegen lassen und sei so zum Bankier für Wertheimer und Zöppriß geworden. Mit Dr. Zöppriß selbst sei er nicht in Verbindung getreten. Alles sei über Wertheimer gegangen, der es immer wieder verstanden habe, seine Bedenken zu zerstreuen. Der gesamte Umlauf an Gefälligkeitsakzepten Mausers betrug rund 260 000 Mark, für die der Zeuge mit seinem Namen quer schrieb und somit zu haken hatte. Der Zeuge, der bei dem kleinen Ausmaß seines Geschäftes für diese Summe natürlich nie einstehen konnte, mußte als notwendige Folge seine Zahlungen einstellen und einen Vergleich mit 30 v. H. eingehen. Gegenwechsel hat der Zeuge nicht erhalten. Dagegen erhielt er nach und nach ein Darlehen von rund 45 000 M. Wird dieses Darlehen an der Vergleichsquote des Zeugen von über 70 000 M. abgezogen, so würde sich ein Verlust von rund 33 000 M. ergeben. Der Zeuge sieht allerdings auf dem Standpunkt, daß sein Schaden weit höher sei. Der Zeuge führte weiter aus, daß er nach der Verhaftung von Dr. Zöppriß von Wertheimer angerufen worden sei. Es sei ihm dabei gesagt worden, sie möchten darauf achten, daß sie dieselben Aussagen machen, wenn irgendetwas vorkomme. Die Vernehmung des Zeugen war insofern von größter Bedeutung zur Klärung der Frage, ob der Volksbank St. Gallen nur Warenwechsel oder auch Gefälligkeitswechsel gegeben wurden, da jetzt feststeht, daß der Wechselverkehr mit dem Zeugen Mauser nicht auf geschäftlicher Grundlage beruhte, sondern lediglich einer Gefälligkeit entsprang.

Aus Stadt und Land

Calw, den 25. Februar 1932.

Von der Handelskammer Calw

In der letzten Sitzung der Handelskammer Calw vom 19. ds. Mts. wurde zunächst das Wahlergebnis festgestellt, das beinahe einmütig die Wahl der Herren Baehler-Freudenstadt, Dreiß jr.-Calw, Kiethammer-Herrenberg und Schmid-Nagold zeitigte. Die Wahl hat zu keinerlei Beanstandung geführt. Abgestimmt wurde nur mit 22,3 Prozent der Wählerschaft. Es wurde dann zum Vorsitzenden der Kammer wie seither Direktor Erwin Sannwald-Calw und als sein Vertreter Direktor Carl Schmid-Calw gewählt. Der Vorsitzende brachte den Herren Eugen Dreiß jr.-Calw und Otto Böhlinger-Freudenstadt, die aus der Kammer ausgeschieden waren und sich nicht mehr zur Wahl gestellt hatten, den aufrichtigen Dank der Handelskammer für die langjährigen Dienste zum Ausdruck. Nach Ablegung der Kassenabrechnung für 1931 wurde dem Rechner Entlastung erteilt und der Haushalt für 1932 festgestellt. Auch für dieses Jahr wurde beschlossen, wiederum, wie schon seit Jahren, eine Umlage von 4 auf das 1000 des Gewerbesteuerkapitals zu erheben. Eine Ermäßigung des Umlagesatzes konnte wegen des nicht unerheblichen Rückgangs der Gewerbesteuerkapitalien nicht durchgeführt werden. Immerhin wurde mit Befriedigung festgestellt, daß unsere Kammer eine der am billigsten arbeitenden ist. — Der Geschäftsführer berichtet zunächst über die verschiedenen Fahrpländerungen, die für den Fahrplan 1932/33 vorgesehen sind, nachdem einige Tage zuvor die Fahrplanbesprechung der Handelskammer bei der Reichsbahndirektion stattgefunden hatte. Die Reichsbahndirektion hat sich alle Mühe gegeben, trotz des starken Rückgangs des Verkehrs den Fahrplan soweit wie möglich aufrechtzuerhalten. Ob nicht eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage auch einen weiteren Ausfall der Zugleistungen bringen wird, muß natürlich dahingestellt bleiben. Erfreulicherweise bleiben die Nagoldbahnzüge im Sommerfahrplan erhalten, und es besteht einigermassen Aussicht, daß sie auch im Winterfahrplan, wenigstens Samstags und Sonntags, gefahren werden können. Die seitherigen Saisonzugleistungen werden künftighin als Eilzüge verkehren. Das erscheint nicht als unangenehm, da die Verbilligung dieser Züge durch Wegfall des Schnellzugzuschlags von gutem Einfluß auf ihren Besuch sein dürfte. Leider hat sich bisher eine Verbesserung des Verkehrs vom Neckar in das Nagoldtal am Nachmittag und Abend nicht erreichen lassen. Die Anregung, den letzten Zug von Eutingen nach Calw 1/2 Stunde früher dort abfahren zu lassen, wurde von der Handelskammer einstimmig abgelehnt, da damit für Nagold und für das obere Nagoldtal der Anschluß an den Abendzug von Stuttgart nach Eutingen verloren gegangen wäre. Bei der schlechten wirtschaftlichen Lage sind natürlich besonders die am geringsten besetzten Früh- und Spätzüge am meisten gefährdet. So ist jetzt auch von der Reichsbahndirektion eine Späterlegung des ersten Zugs von Pforzheim nach Eutingen vorgegeben, wonach im Winter der erste Zug von Pforzheim abfahren soll 6,28 Uhr, Calw an 7,40 Uhr, Eutingen an 8,42 Uhr. Der Zug hat nach Immendingen, Freudenstadt und Tübingen günstige Anschlüsse. Den Wünschen auf der Altensteiger Bahn wurde so gut als möglich Rechnung getragen. Für Freudenstadt und Enzthal bleibt es beim alten Fahrplan. Es wäre nur zu hoffen, daß dieser Fahrplan auch wirklich das ganze kommende Fahrplanjahr ausgeführt werden kann. — Auch in dieser Sitzung fand die furchtbare Lage des Holzgewerbes, insbesondere der Holzindustrie, wieder

MAGGI'S
Fleischbrühwürfel

Preissenkung:
5 Würfel jetzt nur noch 17 Pfg.

Seine blinde Frau

Originalroman von Gert Rothberg.

55. Fortsetzung

Nachdruck verboten

Wleich sahen sich die zwei Männer an. Der ältere ließ die ohnmächtige Jutta, welche er bisher gestützt, sanft auf den Boden gleiten. Er blickte mit seinem Kollegen den Abhang hinunter. „Wer da unten liegt, der hat keine irdische Strafe mehr zu fürchten.“ sagte er leise.

Unterdesse waren auch die anderen herbeigekommen. Im ganzen sechs Delektive, die im Auftrage Mister Wendog Inge Stern bewacht hatten. — Wie gut Wendog daran getan hatte, das hatte sich eben erwiesen.

Plötzlich rief einer der Herren: „Ich glaube, die Abgestürzte hat sich eben bewegt, wir müssen sofort hinunter.“ Williams und Gaden, Sie tragen abwechselnd die Ohnmächtige bis ins Gasthaus. Wir anderen wollen inzwischen nach der Selbstmörderin sehen. Benachrichtigt aber sofort Mister Wendog; er kann in kurzer Zeit in seinem Auto zur Stelle sein.

Während die zwei Männer Inge Stern nach dem Gasthaus trugen, dem einzigen Haus in dieser idyllischen Stille, suchten die Zurückbleibenden nach einer Stelle, von wo aus sie zu der Abgestürzten gelangen konnten. Endlich schienen ihnen ein Weg halbwegs geeignet. Der eine stieg vorsichtig hinab, die anderen folgten ihm, als er unten angekommen war.

Die Unglückliche gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich. An der Stirne war eine tiefe, klaffende Wunde. Die Männer sahen sich ratlos an. In der Nähe rieselte ein kleiner, klarer Bach. Einer lief hin und tauchte ein reines, weißes Tuch in das frische Wasser. Damit verband er dann die gefährliche Wunde notdürftig. Dann legten sie einige starke Äste übereinander und stellten eine primitive Tragbahre her. Auf diese legten sie die tödlich Verletzte.

Sa, es ging zu Tode mit ihr, sie sahen es alle, hier war keine Rettung mehr möglich.

„Was mögen die beiden miteinander gehabt haben?“ fragte der junge Mister Biddle.

„Mister Wendog wird es schon gewußt haben,“ sagte der bärtige Armstrong. „Na, es ist nicht unsere Sache, danach zu forschen. Wir haben getan, was uns aufgetragen worden ist. Das andere geht uns nichts an. Aber nun, allons Jungs, vorsichtig aufheben und langsam Schritt für Schritt. Damit wir wenigstens alles getan haben, was noch zu einer eventuellen Rettung möglich wäre. Verzeihliche Kunst vermag manchmal gar viel, obwohl ich in diesem Falle keine Hoffnung habe. Schade um das schöne Frauenzimmer.“

Bedächtig, Schritt für Schritt, trugen sie die Todwunde ebenfalls nach dem kleinen Gasthof. Nach Stunden erst trafen sie todmüde dort ein.

26. Kapitel.

Wendog war inzwischen mit seinem Auto eingetroffen; er hatte seinen Hausarzt mitgebracht und saß nun in einem kleinen, sauberen Zimmer Inge Stern gegenüber.

Blau und traurig sah sie ihn an. „Warum wollte sie mich da hinabstürzen?“

Wendog antwortete nicht, er blickte nur finster vor sich hin. Er allein wußte ja, was diese Frau in ihrem Leben verbroschen.

„Wie wußten Sie nur, daß Frau Sorta mich mit solch tödlichem Haß verfolgte?“ fragte Inge.

Wendog ließ seine schwarzen Augen erst auf ihrem Gesicht ruhen. „Weil ich diese Frau kenne, lange schon.“

„Sie kennen sie auch?“

„Auch?“ fragte Wendog langsam.

„Ja,“ nickte Inge. „Mister Morland und Herr von Eschingen müssen sie auch kennen, sie erzählte es mir, von Ihnen hat sie aber nichts gesagt.“

Wendog sah Inge forschend an. „Miß Stern, eine einzige Frage nur. Kennen Sie Herrn von Eschingen von früher her?“

Jutta lehnte sich zitternd in ihren Sessel zurück. „Wie kommen Sie darauf, Mister Wendog?“

Er nahm behutsam ihre kleine weiße Hand. „Miß Stern, glauben Sie mir, daß ich Ihr bester, aufrichtigster Freund bin?“

„O ja,“ nickte Jutta. „Sie haben es durch Ihre Fürsorge bewiesen.“

„Daß ich Sie bewachen ließ? O, das war Pflicht. Denn ich wußte ja am besten, daß derjenige, der den Haß dieser Frau auf sich geladen hat, unrettbar verloren ist. Aber, bitte, antworten Sie mir. Ihr Glück kann davon abhängen.“

„Mein Glück?“ Jutta schlug beide Hände vor ihr Gesicht. „Mein Glück ist zertrümmert. Die leise Hoffnung, es mir zu erringen, zerstört.“ Sie schluchzte qualvoll.

Wendog aber, der eisenharte, unerbittliche Frauenverächter, hätte am liebsten die Weinende in seine starken Arme genommen, um sie vor allem Leid zu schützen. Aber das durfte er nicht. Und wie er alles bezwang mit seinem eiserernen Willen, so bezwang er auch dieses Verlangen. „Miß Stern, kennen Sie Herrn von Eschingen näher?“ fragte er noch einmal eindringlich.

Da brach es wie ein einziger Schrei aus Juttas Mund: „Er ist mein Gatte!“

Wendog fuhr zurück. „Sie, Sie sind Frau von Eschingen?“

„Ja,“ nickte Jutta, „ich bin seine Frau.“

„Ja, aber — er erzählte mir aber doch, seine Frau sei blind?“

„Ich war es,“ rief Jutta schmerzlich. „Durch einen gütigen Mann wurde ich mit des Allmächtigen Hilfe geheilt. Ich ahnte, wie schwer Karl Heinz die Kette drücken müßte; ich gab meine Einwilligung zur Vermählung mit ihm damals nur, weil ich selbst auch von meinem baldigen Ende überzeugt war. Meine Verwandten und die Ärzte glaubten an keine Heilung; genau so wie wir, war auch Karl Heinz von diesem Irrtum befangen. Aus diesem Grunde gab er seine Zustimmung. Und ich war froh, denn keinem Menschen auf der Welt gönnte ich mein Erbe lieber.“

(Fortsetzung folgt.)

eine rege Besprechung. Es soll nochmals versucht werden, mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums den stärksten Schädigungen des Auslandes zu Hilfe zu gehen. Der württ. Wirtschaftsminister hat schon auf einer Tagung in Freudenstadt erklärt, daß alle seine lebhaften Bemühungen in dieser Richtung infolge des geringen Verständnisses in Berlin für die Wichtigkeit des Holzhandels und der Holzindustrie in Süddeutschland erfolglos geblieben seien. — Immer wieder kommen Klagen an die Handelskammer über die schädigenden Auswirkungen im Wandergewerbe. Es ist nicht zu verkennen, daß das Wirtschaftsministerium auch in dieser Frage dem Einzelhandel lebhaftes Verständnis entgegenbringt. Aber immer wieder tauchen neue Verordnungen im Wandergewerbe auf, die geclanet sind, den Einzelhandel sowohl als das Publikum zu schädigen. In neuester Zeit besonders ist damit begonnen worden, auf freien Plätzen und Straßen innerhalb der Städte und Dörfer die Waren vom Kraftwagen aus zu verkaufen. Es wäre wünschenswert, wenn die Gemeinden diese Art des Handels dadurch unterbinden würden, daß strafenpolizeiliche Vorschriften gegen die Benutzung öffentlicher Straßen und Plätze für den Warenverkauf erlassen werden. — Schon seit langer Zeit kämpfen die Handelskammern gegen die Betätigung der öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben. Der württ. Wirtschaftsminister hat auch hierin der Auffassung der württ. Wirtschaft Recht gegeben, indem er erklärt hat, daß er es nicht billigen könne, wenn der Staat Privatunternehmungen Konkurrenz zu machen versucht. Trotzdem hat der württ. Staat in Wildbad einen Brunnenbetrieb zur Vermeidung von sogenanntem Wildbader Sprudel aufgenommen. Man sollte meinen, daß der württ. Staat nach den vielen Erfahrungen, die er bei anderen Unternehmungen gehabt hat (z. B. Jura-Deichwerke), in Zeiten abnehmender Konjunktur und größeren Geldmangels nicht daran denken würde, das Risiko neuer industrieller Unternehmungen einzugehen. Es wäre wünschenswert, daß der neue Betrieb sobald als möglich wieder eingestellt wird.

Hauptversammlung des Fremdenverkehrsvereins Calw

In Verbindung mit der Generalversammlung des Handels- und Gewerbevereins fand letzten Montag im Hotel Waldborn die Hauptversammlung des Fremdenverkehrsvereins statt. In seinem Geschäftsbericht führte der Vorsitzende, Bürgermeister Göhner, aus, der Fremdenverkehr sei im verflochtenen Sommer durch schlechtes Wetter und die Geldkrise im Juli stark beeinträchtigt worden. Trotzdem könne im Durchschnitt der Verkehr noch als befriedigend bezeichnet werden. Die Zahl der Kurgäste betrug in Calw 209 gegenüber 190 im Jahre 1930, die der Übernachtungen 2590 (1930: 2424). Während die Zahl der Passanten zurückging — von 6382 in 1930 auf 5954 in 1931 — stieg die Zahl der Übernachtungen hier von 7803 in 1930 auf 9037 in 1931. Diese Erscheinung dürfte mit dem Abflauen des Kraftwagenverkehrs in Zusammenhang stehen; die Einwirkungen der Geldkrise haben es mit sich gebracht, daß zum Ausflugsverkehr die Eisenbahn wieder stärker benutzt wird. Das beste Fremdenverkehrsjahr bleibt 1928. Damals weilten 328 Kurgäste mit 4620 Übernachtungen in der Stadt. Wie vorteilhaft das Werben für Calw als Tagungsort ist, zeigte die Abhaltung des Küferversbandsstags im letzten Sommer, der viel Leben in die Stadt brachte. Der Verein wird auch in diesem Jahr den bisherigen bewährten

Werbeverfahren treu bleiben und den Zeiten entsprechend sparsam und zweckmäßig werben. Als beste Werbung hat sich immer wieder die Anzeige (möglichst eine Sammelanzeige) in der Tageszeitung erwiesen. Mit Zeitschriften und Bilderverken sind die Erfahrungen weit weniger gut. Beibehalten wird ferner die Ausgabe von Faltschaltprospekten (4400 St. sind gegenwärtig noch vorhanden) sowohl durch den Verkehrsverband für Württemberg und Hohenzollern als auch durch den Verein selbst an Gesellschaften und Einzelinteressenten. Im letzten Jahre wurden 5000 Faltschaltprospekte verandt; guten Erfolg zeitigte eine Postwurfsendung nach Mannheim. Mit besonderer Anerkennung erwähnte der Vorsitzende die Bemühungen, durch Blumenwettbewerbe der Stadt ein freundliches Ansehen zu geben und dankte der Calwer Gärtnerei und Oberpräsident Baerle für ihre Tätigkeit auf diesem Gebiet. Mit Befriedigung wurde ferner festgestellt, daß die Pensionspreise der Calwer Gaststätten heute so niedrig bemessen sind, daß sie jetzt auch mit den kleinen Kurorten in jeder Weise konkurrieren können. Zu hoffen bleibt, daß der Rückgang im Auslandsreiseverkehr den Fremdenplätzen im eigenen Land zugute kommen wird. Der vom Vorsitzenden erläuterte Kasfenbericht 1931 weist an Einnahmen 1391, an Ausgaben 1563 Reichsmark aus. Die Beträge belaufen sich auf 538 RM.; die Stadtgemeinde gab einen Zuschuß von 1000 RM., welcher größtenteils zur Schuldentilgung (600 RM.) Verwendung fand. Das Vereinsvermögen, bestehend aus Wanderkartenbeständen und Forderungen, beträgt 872,17 RM. Nach Entlastungsbereitigung sagte der Vorsitzende dem die Geschäfte führenden Obersekretär Schick Dank für seine sorgsame Mithewaltung. Bevor man in die Aussprache eintrat, gab Bürgermeister Göhner noch Kenntnis von einer Mitteilung der Oberpostdirektion Stuttgart betr. Ausfall der Postkraftverkehrsverbindung Calw-Wildbad in diesem Sommer infolge des großen Abmangels dieser Linie. Auf Anregung des Vorsitzenden wurde beschlossen, in einer Eingabe an die D.P.D. Stuttgart um eine Verlegung der Linie über Altburg an Stelle von Schömberg einzukommen. Die Ansichten für die Linie würden damit bessere sein. In der Aussprache betonte Stadtrat Maier, durch die Wildbader Postlinie müßten die Kurgäste vor allem von Wildbad nach Calw und nicht umgekehrt die Calwer Kurgäste nach Wildbad gezogen werden. Die Blumenwettbewerbe werde die Gärtnerei gern fortsetzen. Stadtrat Schuler dankte dem Stadtvorstand für seine intensive Verkehrsbearbeitung und wünschte diesen einen guten Erfolg. Sattlermeister Widmayer wünschte verstärkte Fremdenverkehrsförderung durch Reichsbahnsonderzüge vom Bodensee in den Schwarzwald und geschlossene Sammelreklame der ganzen Nagoldtal-Kurplätze (der Versuch hierzu scheiterte bereits mehrmals). Metzgermeister Hammer z. Löwen bat zuerst um Berücksichtigung der Gasthöfe, ehe man den Kurgästen Privatzimmer zuweise; die Wirte sollten mehr durch Sammelanzeigen werben. Hotelbesitzer K&K verwies in eindringlicher Weise auf die Notwendigkeit, den Kurfremden eine individuelle Behandlung zuteil werden zu lassen, d. h. sich in Preis und Leistung ihren Ansprüchen anzupassen. Kaufmann Pfeiffer regte an, die Calwer Vereine möchten eine rege Werbetätigkeit für Calw als Fremdenstadt entfalten. Stadtrat Schmid trat für Wahrheit in der Reklame ein. Calw sei ein Zentralpunkt für wanderbereite Menschen und Vereine, kein ausgesprochener Kuranfahrtsort. In diesem Sinne müsse man werben,

und die Werbung auch auf entferntere Teile Deutschlands ausdehnen. Letzterem Gedanken hat der Vorsitzende bereits entsprochen und z. B. für dieses Jahr eine Werbung bei den Eisenbahnbeamten Norddeutschlands eingeleitet. Nach Beendigung der sehr anregend verlaufenen Aussprache dankte Bürgermeister Göhner für das bekundete Interesse an der Vereinsarbeit und schloß mit der Hoffnung auf ein gutes Fremdenverkehrsjahr 1932 die Hauptversammlung.

Reichstagsabgeordneter Dingler für Hindenburg

In unserer gestrigen Ausgabe veröffentlichten wir eine Meldung der Telegraphen-Union, derzufolge sich sämtliche Reichstagsabgeordnete des württ. Bauern- und Weingärtnerbundes unter Ablehnung einer Entschließung der Landvolkpartei, welche letzterer sie im Reichstag angeschlossen sind, gegen eine Kandidatur Hindenburg ausgesprochen haben. Daß diese Nachricht nicht für alle Abgeordnete der württ. Partei zutrifft, besagt folgende Zuschrift von Herrn Reichstagsabgeordneten Dingler: „Die Zeitungsnotiz, daß ich mich gegen eine Kandidatur von Hindenburg ausgesprochen habe, entbehrt jeder Begründung, denn ich bin schon beinahe 4 Jahr erkrankt und habe an keiner Sitzung teilgenommen. — Im Gegenteil, ich werde im Gegenteil zu andern Hindenburg nicht nur meine Treue versichern, sondern ihm die Treue auch halten. Ich würde z. B. keinen würdigeren Kandidaten, der in sich durch seine ganze Hingabe an unser Vaterland die deutsche Treue verkörpert, als den Vater unseres Vaterlandes, Hindenburg.“ W. Dingler, M. d. R. und M. d. L.

Wetter für Freitag und Samstag

Zwischen England und Island liegt ein Hochdruck, über dem Festland eine schwache Depression. Für Freitag und Samstag ist mehrfach bedecktes, auch zu zeitweiligen leichteren Niederschlägen geneigtes, wieder etwas kälteres Wetter zu erwarten.

Stuttg., 24. Febr. Der 16 Jahre alte Realschüler Siegfried Fische von hier wird seit letzten Montag vermißt. Er ist seit diesem Tage von einem Spaziergang an den Neckar nicht mehr zurückgekehrt. Für ein abschließendes Fernbleiben des Fische liegen keinerlei Gründe vor.

Stuttg., 24. Febr. Die Wirtschaftsabteilung des Gemeinderats befaßte sich mit den städtischen Mietverhältnissen. Ihre Gesamtzahl beträgt 7000. Durch eine Interessengemeinschaft der städtischen Mieter veranlaßt, hatten 164 dieser Mieter im Januar eigenmächtig ihre Miete um 20 Proz. gesenkt. Die Mehrzahl von ihnen besann sich später eines Besseren, aber 22 verharrten auf ihrer Eigenmächtigkeit. Nun wurde beschlossen, diesen 22 Mietern auf 1. April zu kündigen. Auch den drei Fahrern wird die Wohnung gekündigt.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

W. Berliner Produktenbörse vom 24. Februar

Weizen, märk. 245-247; Roggen märk. 193-195; Braugerste 168-173; Futter- und Industrieerste 159-165; Hafer, märk. 148-155; Weizenmehl 30,5-34,5; Roggenmehl 28-29,5; Weizenkleie 9,75-10,25; Roggenkleie 9,75-10,25; Viktoriaerbsen 20-27; K. Speiseerbsen 21-23,50; Futtererbsen 15 bis 17; Peluschken 16,50-18,50; Ackerbohnen 14-16; Wicken 16-19; Lupinen, blaue 10-12; dto. gelbe 14,50-16,50; Sera-della, neue 29-34; Leinfuchsen 12-12,20; Erdnußfuchsen 2,50; Erdnußfuchsenmehl 12,30-12,40; Trockenschnitzel 8-8,10; Kartoffelkoden 13,50. Allgemeine Tendenz: unregelmäßig.

Amtl. Bekanntmachungen

Auf die Bekanntmachung des Württ. Innenministeriums vom 3. Februar 1932 (Reg. Bl. S. 20), wonach unbemittelte Personen gegen ermäßigtes Verpflegungsgehalt als Staatspfleglinge in orthopädische Anstalten aufgenommen werden können, wird hingewiesen. Ueber die Voraussetzungen der Aufnahme und die dafür beizubringenden Belege ist auf den Bürgermeisterämtern das Nähere zu erfahren.
Calw, den 23. Februar 1932. Oberamt.

Am Samstag und Sonntag

halte ich

Mehel-Suppe



und lade hiezu höflichst ein

Julius Seeger zur „Traube“.

Bestellungen auf Siebenbürgen-Rothleesamen

nimmt entgegen Darlehenskasse Röttenbach

Verkaufe eine gute

Milchkuh mit Kalb

sowie einen fast neuen

Leiterwagen

(Echt, auch Tausch gegen Vieh.)

Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Sch bin beauftragt, eine wegen Todesfalls freiwerdende

herrschaftliche Wohnung

von 7-8 Zimmern u. einger. Bad zu vermieten. Termin 1. Okt. eventl. auch früher.

Reichert an der Brück

Zwangsversteigerung

Es werden öffentlich meistbietend gegen bar versteigert am Freitag, den 26. ds. Mts., vorm. 10 Uhr in Bad Liebenzell:

8 Rissen und 2 Haipfelbezüge, 39 Hemdhosen, 54 Schlupfjosen, 13 Unterröcke, 9 Herrenhemden, eine Partie Vorten und Stickerien.

Zusammenkunft b. Rathaus. Ohngemach, Gerichts-vollziehertelle Calw

Einen ordentlichen

Jungen

nimmt in die Lehre Adolf Siebenrath Rükferstr., Calw.

Schlafzimmer

eiche m. Kuhl., rund. Ecken hochmodern, la Qualität

stannend

billig abzugeben.

Schwarzw. Holzbüte Bad Teinach.

Sommerliche

2-Zimmer-Wohnung

(Neubau) mit allen Zubehörden sowie Gartenanteil zu vermieten. Joh. Schütte, Sattlerstr. Neubulach

Sonnige

Wohnung 3-4 Zimmer

mit Gartenanteil u. sämtl. Zubehör sofort oder später zu vermieten. Angebote unter L. B. 45 an die Gesch.-St. ds. Bl.

Sterbekasse Calw

Unsere diesjährige General-Versammlung findet am Sonntag, den 28. Febr., nachm. 1/4 Uhr in der Restauration Chr. Wösz, Untere Brücke, hier, statt. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht / Kassenbericht Neuwahlen / Verschiedenes. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein der Ausschuß.

Zwangsversteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen bar versteigert Freitag, 26. 2. 17 Uhr in Stammheim:

1 Feldschmiede gut erhalten.

Zusammenkunft bei der Delmühle in Stammheim. Weidenbach, Gerichts-vollziehertelle Calw

Gesangbücher

zu neuen Preisen von M. 1.70, 3.-, 3.70, 5.30, 6.50 7.-, 8.-, 8.50, 9.-, 10.- usw. bei Ernst Kirchherr Buch- und Papierhandlung

Der Unterzeichnete beabsichtigt, in Calw ein

Handharmonika-Orchester

zu gründen und ladet Interessent, auf heute abend von 4 Uhr ab ins Gasthaus zum „Schiff“ ein

Hohnlofer Pforzheim

Verkaufe wegen Platzmangel

1,5 Hühner

Wilhelm Götting Burgfelde 14 L

Jeder Artikel ein Schlager

Vollpreis 3 Pfd. 60 Pfg.

Linsen 3 Pfd. 60 Pfg.

Rotwein Liter 50 Pfg.

Zweischögen 3 Pfd. 80 Pfg.

Margarine Pfd. 40 Pfg.

Schweineschmalz in 1 Pfd.-Paket 60 Pfg.

Erdbeer-Konfitüre 2 Pfd.-Eimer nur 1.20

Hamburger Kaffee-Lager Fritz Mönch

Niederlage

Thams & Carls

Emberg

Gute fehlerfreie 37 Wochen trachtige

Milchkuh

verkauft

Georg Lutz

Calw, den 24. Februar 1932.

Todes-Anzeige

Allen Freunden und Bekannten müssen wir die schmerzliche Mitteilung machen, daß unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Ratharina Salber geb. Martini, Jugjührers-Witwe

heute früh um 10 Uhr, versehen mit den heilig. Sterbesakramenten, sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Reinhold Scholl mit Frau, geb. Salber, Familie Ernst Staud, Bildhauer

Familie Albert Staud, Bildhauer

Beerdigung Freitag, den 26. Februar 1932 vom Trauerhaus Teinachstraße 6 aus Abgang am Bahnhof 3 Uhr.

Neubulach, den 25. Februar 1932.

Dankagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Schwester und treuen Stütze

Martha Feil

sagen wir auf diesem Wege unseren aufrichtigsten Dank.

Geschwister Feil und Familie Hans Hamman Wwe.

Erstein
Täglich m
der Sonn-
Anzeig
a) im An
die Seite 20
b) im Re
die Seite 65
Auf Sam
kommen 5
Für Plat
kann kel
übernom
Geri
für de
Nr. 4

= Berlin
In der gestri
Brüning
zunächst auf
Die Lage ist
Von Tag z
Maßnahmen
können Wir
wie im Kri
wirtschaftlich
Zu einer fo
bilität und
die Sache des
verteidigen.
in Genf, so
zugehen, vor
sprechen: Ja
Außenpolitik
nisse im In
auf lange G
bei der Mes
lungnahme
und Ruie: H
Kraft hinter
sich entschl
Außenpolitik
fahrungen
Mitte. Zuruf
gestern eine
politik geü
vorgeferr
bieten.
Die Neid
die Vorgä
China und
plikationen
Bermittlung
Deutschlands
rechtlich dabi
territorialit
nung Ausdr
keerbundes
Feindseligke
In der
dem deutliche
sante Mora
Posten in St
ernüchlich d
dient nicht d
griffe der Li
halte, mit v
(Rebhafte Z
drücklich bet
Nemselgebiet
Bevölkerung
Erhaltung is
rung hat den
Weg beschrit
Regierung n
ob sie sich an
Ich werde ni
zu ergreifen,
erforderlich
Der Reid
nationalsoz.
tag-Vorinh
politische
Befürchtung
Neuerungen
30 Lunio
meintun alle
ropa, daß D
nicht selbstän
den in dieser
mission des
rung ist auch
men, die auf
in Auge des
Oesterreichs
Ueber de
heute schon
Urteil des
Ergebnis in
sonders nicht
vorbereitend
suffisionsgrun
Gegenüber d